

A stylized world map composed of a grid of dots. Most dots are grey, but several are red, highlighting specific regions like North America, parts of Europe, and Africa.

Immigration und Integration im US-Präsidentschaftswahlkampf 2012

Transatlantische Perspektiven

SPENCER P. BOYER

November 2012

- Demokraten und Republikaner streben eine Reform des Einwanderungsrechts an. Die Regierung Obama stellt hierbei sowohl die Durchsetzung bereits geltender Gesetze gegen sich illegal im Land aufhaltende Arbeitnehmer als auch Wege zu deren Legalisierung in den Mittelpunkt. Der Fokus der Republikaner liegt in erster Linie auf der Strafverfolgung und Eindämmung illegaler Einwanderung, einschließlich der Errichtung eines Zaunes entlang der gesamten US-mexikanischen Grenze.
- Diese unterschiedlichen Ansätze der Präsidentschaftskandidaten zur Immigrationspolitik spiegeln die in den letzten Jahrzehnten immer größer werdende Kluft zwischen den Wertvorstellungen von Demokraten und Republikanern wider. In der Einwanderungsfrage ist diese Wertekluft heute größer als bei Fragen zu ethnischer Herkunft, Alter, Schichtzugehörigkeit oder Geschlecht.
- Obwohl sich die migrationsbedingten Herausforderungen in Europa in vielerlei Hinsicht von denen in den Vereinigten Staaten unterscheiden, gibt es doch zahlreiche Ähnlichkeiten in der Art und Weise, wie die politischen Debatten zu diesem Thema die Wählerschaften in Europa spalten. Daraus könnten sich Chancen für ein größeres transatlantisches Verständnis und eine künftige Zusammenarbeit ergeben.



Auch wenn sich der diesjährige Präsidentschaftswahlkampf weitgehend auf den Zustand der US-Wirtschaft und die unterschiedlichen Vorstellungen von der Rolle der US-Regierung beim Wirtschaftsaufschwung konzentrierte, könnte sich ein anderer Themenkomplex – Immigration und Integration im 21. Jahrhundert – in den kommenden Jahren als ebenso ausschlaggebend für die Zukunft der Vereinigten Staaten erweisen.

Obwohl die Einwanderungsdebatte und die Auswirkungen des demografischen Wandels häufig als eigenständige innenpolitische Themen angesehen werden, stehen sie doch in engem Zusammenhang mit so gut wie jedem größeren Problem, mit dem die USA konfrontiert sind. Die Wettbewerbsfähigkeit, das Bildungs- und Gesundheitswesen und die Rolle der US-Regierung werden alle direkt davon beeinflusst, wie Washington und die bundesstaatlichen Regierungen die Immigrations- und Integrationspolitik gestalten. Für die US-Wirtschaft und den sozialen Zusammenhalt sind schon jetzt in jeder Region des Landes deutliche Alarmsignale zu hören, sollte die Politik hier scheitern.

Die verschiedenen politischen Optionen, wie mit dem Zufluss von Mächtigen-US-Bürgern umzugehen ist und wie die schon im Land präsenten legalen und illegalen Immigranten integriert werden können, sagen viel über das heutige Selbstbild der US-Amerikaner aus. Sie bieten auch Einblicke in die gegensätzlichen Visionen zur Zukunft des Landes. Obwohl sich die migrationsbedingten Herausforderungen in Europa in vielerlei Hinsicht anders darstellen, bestehen doch interessanterweise insofern zahlreiche Ähnlichkeiten, als die politischen Debatten zu diesem Thema auch die Wählerschaften in Europa spalten. Diese Gemeinsamkeiten bieten wiederum die Chance für eine zukünftige transatlantische Zusammenarbeit zwischen Akteuren im öffentlichen, privaten und gemeinnützigen Bereich, die auf der Suche nach langfristigen Lösungen sind, die den öffentlichen Belangen Rechnung tragen.

Die Positionen der Präsidentschaftskandidaten zur Reform der Einwanderungspolitik

Sowohl Präsident Barack Obama als auch Gouverneur Mitt Romney und ihre jeweiligen Parteien haben ihre Einstellungen und Überzeugungen zu einer Reform der

Einwanderungsgesetze dargelegt und sich dabei mehr oder weniger detailliert über die künftige Umsetzung ihrer vorgeschlagenen Maßnahmen geäußert. Beide Seiten räumen ein, dass das gegenwärtige Einwanderungssystem grundlegend reformbedürftig ist. Ihre Überzeugungen und Herangehensweisen unterscheiden sich jedoch ganz deutlich voneinander. Die Präsidentschaftswahlen bieten den amerikanischen Wählern damit eine klare Entscheidungsmöglichkeit über den künftigen Kurs von Immigration und Integration in den USA.

Präsident Obama

Die Regierung Obamas spricht sich für eine umfassende Einwanderungsreform aus, bei der sowohl Maßnahmen gegen illegale Zuwanderer als auch ein Weg zur Legalisierung der fast elf Millionen bereits im Land lebenden illegalen (aber ansonsten nicht straffällig gewordenen) Arbeitnehmer im Mittelpunkt stehen und mit der »Amerikas stolze Tradition als Rechtsstaat und Nation von Einwanderern bewahrt wird«¹. Gleichzeitig ging die Regierung aggressiv vor, um ihre Vorrangstellung bei der Einwanderungsgesetzgebung zu behaupten: Das Justizministerium strengte Klagen gegen Arizona, South Carolina und Alabama an, um die von diesen Staaten verabschiedeten und vielen als drakonisch erachteten Strafverfolgungsgesetze gegen Immigranten anzufechten. Zwar kippte der Oberste Gerichtshof im Fall Arizona im Juni letztendlich nur einige Vorschriften und nicht das ganze Gesetz, bestätigte jedoch, dass die gesetzgeberische Gewalt im Einwanderungsrecht bei der US-Regierung liegt und diese das Recht hat, bundesstaatliche Gesetze aufheben zu lassen, die unzulässig in diese Kompetenz eingreifen.

In ihrer »Blaupause« *Building a 21st Century Immigration System* vom Mai 2011 erklärt die Regierung die Einzelheiten der von ihr ergriffenen Maßnahmen zur Sicherung der Grenzen, darunter die Verdoppelung der Grenzkontrollen an der Südgrenze, eine Vergrößerung des Personals der Immigrations- und Zollbehörden im *Department of Homeland Security* und eine Verbesserung der Grenzüberwachung durch den Einsatz unbemannter Drohnen. Zudem hätten sich die Bemühungen um eine Zusammenarbeit mit Kanada und Mexiko intensiviert, um die Strafverfolgung zu erleichtern und die

1. »Building a 21st Century Immigration System«, The White House, Mai 2011, S. 3.



grenzübergreifenden Sicherheitsoperationen zu verbessern, und schließlich wird auch die Abschiebung illegaler Einwanderer herausgestellt, die eine Gefahr für die öffentliche und nationale Sicherheit darstellen.

Obama befürwortet die schrittweise Einführung einer obligatorischen Verwendung eines bisher noch weitgehend freiwilligen *E-Verify*-Systems der Einwanderungs- und Einbürgerungsbehörde des *Department of Homeland Security*, das es Arbeitgebern erleichtert, den Aufenthaltsstatus möglicher Arbeitnehmer festzustellen. Außerdem spricht er sich für härtere Strafen gegen Arbeitgeber aus, die wissentlich illegale Arbeitnehmer einstellen.

In Bezug auf Legalisierungsmöglichkeiten hat sich Obama um die Verabschiedung des sogenannten DREAM-Act (*Development, Relief, and Education for Alien Minors*) bemüht, mit dem Kindern von illegal ins Land gekommenen Immigranten, die Militärdienst geleistet oder eine weiterführende Schule absolviert haben, die Einbürgerung gewährt werden könnte. Trotz des Widerstands der republikanischen Opposition im Kongress verkündete die Obama-Regierung im Juni, dass das *Department of Homeland Security* nicht länger die Abschiebung der meisten dieser jungen illegalen Immigranten anstrebe. Unter dem von Obama erlassenen DACA-Programm (*Deferred Action for Childhood Arrivals*) werden Immigranten ohne gültige Papiere nicht mehr abgeschoben, wenn sie bei ihrer Ankunft im Land jünger als 16 Jahre waren und aktuell nicht älter als 30 sind, wenn sie seit mindestens fünf Jahren ununterbrochen in den USA leben, einen Schulabschluss gemacht oder Militärdienst geleistet haben und nie straffällig geworden sind. Diese Immigranten können jetzt eine Arbeitserlaubnis beantragen, die zwei Jahre gültig ist und immer wieder erneuert werden kann.

Gouverneur Romney

Im Gegensatz zu Präsident Obamas zweigleisigem Ansatz der Bekämpfung illegaler Immigration einerseits und der Einbürgerungsmöglichkeiten für die schon in den Vereinigten Staaten lebenden Immigranten andererseits konzentriert sich Gouverneur Romney vorwiegend auf die Strafverfolgung und Eindämmung illegaler Zuwanderung. Er befürwortet einen Zaun entlang der gesamten über 3 000 km langen US-mexikanischen Grenze. Außerdem hat er lautstark seine Ablehnung der

Idee zum Ausdruck gebracht, illegalen Immigranten das »Vordrängeln« auf dem Weg zu legaler Einbürgerung zu ermöglichen, und geschworen, sein Veto gegen den DREAM-Act einzulegen.

Desweiteren hat er anklingen lassen, den Bundesstaaten angesichts der seiner Meinung nach gescheiterten Einwanderungspolitik auf US-Ebene größeren Spielraum bei der Durchsetzung von Immigrationsgesetzen einzuräumen. Romney bezeichnete die umstrittenen Immigrationsgesetze von Arizona – die es der Polizei erlauben, Personenkontrollen zur Überprüfung des Aufenthaltsstatus durchzuführen und bei begründetem Verdacht, dass sich die betreffende Person illegal im Land aufhält, andere Strafgesetze zur Anwendung zu bringen – als »beispielhafte« Gesetzgebung für den Rest der Nation, obwohl von vielen Seiten kritisiert wird, dass dies zu *Racial Profiling*, d. h. zu Kontrollen aufgrund von Hautfarbe, führen werde.²

Wie Obama unterstützt auch Gouverneur Romney die obligatorische Anwendung des *E-Verify*-Systems für Arbeitgeber. Anders als die Regierung hat er jedoch Personen ohne gültige Papiere dazu aufgefordert, »sich selbst an einen Ort abzuschieben, wo sie legal arbeiten dürfen«.³ Zudem kritisierte er das DACA-Programm des Präsidenten und bezeichnete es als kurzfristige Entscheidung, weil es durch eine Verfügung des Präsidenten in Kraft getreten sei. Der Gouverneur hat jedoch weder erklärt, was er mit den etwa 1,7 Millionen jungen Menschen tun würde, für die das DACA-Programm gilt⁴, noch eine Aussage darüber gemacht, ob er den Erlass Obamas rückgängig machen wird, wenn er zum Präsidenten gewählt werden sollte.

Im Verlauf des Wahlkampfes hat Romney sich selbst als »Pro-Immigration« ausgegeben und erklärt, er glaube an die Vorteile legaler Zuwanderung. Insbesondere befürworte er mehr Visaerteilungen für ausländische Studenten auf den Gebieten Naturwissenschaften, Mathematik, Ingenieurwesen und Technologie, um das Unternehmertum in den Vereinigten Staaten zu stärken. Er beteuert,

2. Siehe http://www.washingtonpost.com/blogs/post-partisan/post/mitt-romneys-immigration-headache-becomes-a-full-on-migraine/2012/06/25/gJQA0tv1V_blog.html

3. Erste republikanische Debatte vom Januar 2012, nachzulesen unter <http://www.cfr.org/us-election-2012/republican-debate-transcript-tampa-florida-january-2012/p27180>

4. <http://www.pewhispanic.org/2012/08/14/up-to-1-7-million-unauthorized-immigrant-youth-may-benefit-from-new-deportation-rules/>

dass seine Einwanderungspolitik Maßnahmen enthalten werde, durch die eine legale Immigration transparenter und einfacher gestaltet würde und die auch Familienzusammenführungen zulasse, indem Einwanderungsgrenzen nicht für Ehepartner und minderjährige Kinder von legal im Land lebenden Einwanderern gelten und ihnen Greencards erteilt würden.⁵

Positionen zur Einwanderung in den Parteiprogrammen von Demokraten und Republikanern

Die offiziellen demokratischen und republikanischen Wahlprogramme – bzw. Auflistungen von politischen Positionen, die von den jeweiligen Parteien vertreten werden – wurden im August und September in North Carolina und Florida vorgestellt. Darin treten die vielen unterschiedlichen Auffassungen der Präsidentschaftskandidaten zu Einwanderungspolitik und ihrer Reform deutlich zutage. Auch wenn die Parteiprogramme nicht unbedingt ein Hinweis darauf sind, wie ein Kandidat letztendlich im Weißen Haus regieren wird (und auch nicht die persönlichen Ansichten des Präsidentschaftskandidaten wiedergeben), stellen sie doch die unter den engagiertesten Parteimitgliedern am weitesten verbreiteten Ansichten dar und setzten damit wichtige politische Akzente für jede Seite. Und Präsident Obama hat sich für seinen Teil das Wahlprogramm der Demokraten voll und ganz zu Eigen gemacht.

Genau wie der Präsident in seiner »Blaupause« hebt das Wahlprogramm der Demokraten den Fortschritt bei der Sicherung der Südwestgrenze hervor (mit dem Hinweis, dass die Zahl der illegalen Grenzüberquerungen seit 20 Jahren nicht mehr so niedrig war), befürwortet eher die Abschiebung von straffällig gewordenen als von ansonsten gesetzestreuem Immigranten ohne gültige Papiere, die keine Bedrohung darstellen, und zieht die Arbeitgeber zur Verantwortung für die Auswahl ihrer Arbeitnehmer. Im Wahlprogramm werden auch die Regierungen von Bundesstaaten kritisiert, die versuchen, Einwanderungsgesetze einzuführen, die mit denen der US-Regierung nicht vereinbar sind, und es werden die Bemühungen der Demokraten herausgestellt, den DREAM-Act gegen den republikanischen Widerstand zu verabschieden.

5. »The Candidates on Immigration«, Rat für Außenbeziehungen (Council on Foreign Relations). <http://www.cfr.org/united-states/candidates-immigration/p26803>

Das Wahlprogramm der Republikaner befürwortet dagegen strenge Einwanderungsgesetze – wie die in Arizona und Alabama – und kritisiert die Obama-Regierung scharf für ihre Versuche, diese Maßnahmen zu blockieren. Im Programm heißt es, dass die bundesstaatlichen Bemühungen zur Reduzierung der Einwanderung unterstützt werden müssten, statt attackiert zu werden. Ebenso spricht sich das Parteiprogramm dafür aus, Städten, die zu lasch mit der Strafverfolgung von illegalen Immigranten umgehen, staatliche Zuschüsse zu streichen. Ebenso solle auch mit Universitäten verfahren werden, die Studenten ohne gültige Aufenthaltspapiere ermäßigte Studiengebühren gewähren, die Studenten mit Wohnsitz im jeweiligen Staat vorbehalten sind. Außerdem wird im Programm die Idee befürwortet, jeden Arbeitgeber im Land dazu zu zwingen, den Aufenthaltsstatus von Arbeitssuchenden elektronisch zu verifizieren. Das Programm lehnt jede Form von Amnestie für sich illegal in den Vereinigten Staaten Aufhaltende ab und macht versteckt kritische Anmerkungen zum DACA-Programm, indem sie die Regierung dafür anprangert, durch die »Hintertür ein vom Gesetz nicht anerkanntes Amnestie-Programm« einzuführen.

Die Einstellungen der Präsidentschaftskandidaten und die Kluft zwischen Demokraten und Republikanern

Die von den Kandidaten und ihren Parteien vertretenen Positionen zur Reform der Einwanderungspolitik liefern den Wählern, die auf diesem Gebiet politische und weltanschauliche Präferenzen haben, die nötigen Informationen, um eine fundierte Wahl treffen zu können. Sie liefern aber auch Einblicke in die divergierenden Auffassungen der US-Wählerschaft zur demografischen und kulturellen Entwicklung des Landes. In vielerlei Hinsicht spiegeln die gegensätzlichen Haltungen der Kandidaten zum Kurs der Einwanderungspolitik die in den letzten Jahrzehnten größer gewordenen Kluft zwischen den Wertvorstellungen von Demokraten und Republikanern wider, wobei in der Einwanderungsfrage diese Wertekluft heute größer ist als bei Fragen zu ethnischer Herkunft, Alter, Schichtzugehörigkeit oder Geschlecht.⁶

6. Siehe <http://www.people-press.org/2012/06/04/partisan-polarization-surges-in-bush-obama-years/>



Auf den ersten Blick scheinen die US-Amerikaner sich in ihrer Einstellung zur Immigration einig zu sein. Einer kürzlich von Pew durchgeführten Umfrage⁷ zufolge stimmen 69 Prozent der US-Amerikaner der Aussage zu, dass die Einwanderung beschränkt und besser als bisher kontrolliert werden müsse; 28 Prozent stimmen dieser Aussage nicht zu. Allerdings ist hier der Unterschied zwischen Demokraten und Republikanern sehr ausgeprägt: Nur etwa 58 Prozent der Demokraten sprechen sich für eine restriktivere Einwanderungspolitik aus – gegenüber 84 Prozent der Republikaner. Während diese Zahl sich bei den Republikanern im letzten Jahrzehnt kaum verändert hat, ist die Anzahl der Demokraten und Parteilos, die einer solchen Aussage zustimmen, zurückgegangen. Als diese Frage erstmals vor 20 Jahren gestellt wurde, gab es kaum einen Unterschied bei den Ansichten der Befragten aus den drei Gruppen.

Auch die Meinungen darüber, welche Auswirkungen die Immigration auf das Land hat, gehen weit auseinander. Laut Pew-Umfrage ist zwar die Zahl der US-Amerikaner, die der Aussage zustimmen, die Anzahl der Neuankömmlinge aus anderen Ländern bedrohe die traditionellen amerikanischen Gebräuche und Werte, mit 46 Prozent fast genauso groß wie die Zahl derjenigen, die dieser Aussage nicht zustimmen (48 Prozent). Aber auch hier ist ein erheblicher Unterschied zwischen Republikanern und Demokraten auszumachen. Während bei den Republikanern 60 Prozent die Ansicht vertreten, Neuankömmlinge würden die traditionellen amerikanischen Werte bedrohen, sind nur 39 Prozent der Demokraten dieser Auffassung. (Parteiose sind mit 44 Prozent näher an den Demokraten.) Ebenso wie bei der Frage nach restriktiveren Einwanderungsbestimmungen ist diese Kluft im Verlauf der letzten Jahre erheblich größer geworden. Vor zehn Jahren lagen die Meinungen hier noch dicht beieinander.

In dem vom German Marshall Fund herausgegebenen Bericht *Transatlantic Trends: Immigration 2011* werden ähnliche Unterschiede zwischen Demokraten und Republikanern festgestellt. Nur 48 Prozent der Demokraten zeigten sich besorgt über illegale Einwanderungen, aber 72 Prozent der Republikaner. Auf die Frage, ob illegale Immigranten ein Bleiberecht erhalten oder zur Rückkehr in ihre Heimat gezwungen werden sollten,

sprachen sich 58 Prozent der Demokraten gegenüber 33 Prozent bei den Republikanern für eine Legalisierung aus.

Die allgemeine Wertekluft zwischen Demokraten und Republikanern zur Rolle der US-Regierung bezieht sich auch auf die Einwanderungsdebatte und gerichtliche Auseinandersetzungen über das Immigrationsgesetz, wobei weit mehr Republikaner einzelstaatliche Maßnahmen gegen illegale Immigranten befürworten. Republikaner vertreten häufiger die Ansicht, die US-Regierung solle eine minimalistische Rolle spielen und unterstellen ihr oft, mehr Probleme zu schaffen als zu lösen. Die Demokraten sind der US-Regierung gegenüber weniger misstrauisch und stehen Bundesstaaten, die in diesem Bereich die Entscheidungsgewalt für sich beanspruchen, eher skeptisch gegenüber.⁸

Trotz der Unterschiede zwischen den Parteilagern unterstützen die meisten Amerikaner einen Weg zur Einbürgerung für einzelne gesetzestreue Immigranten ohne gültige Papiere und sind gegen Massenabschiebungen, wobei sich aber auch bei dieser Frage mehr Republikaner als Demokraten für Massenabschiebungen aussprechen.⁹

Ähnlichkeiten bei den Einstellungen von US-Amerikanern und Europäern zur Einwanderungsfrage

Obwohl die Vereinigten Staaten und Europa mit Blick auf die Immigration vor ganz anderen Herausforderungen stehen, was die Herkunftsländer der Immigranten, die Geschichte und die Schwierigkeiten der jeweiligen rechtlichen und sozialen Eingliederung nach ihrer Ankunft betrifft, gibt es auch eine Reihe auffälliger Übereinstimmungen bei den Einstellungen von US-Amerikanern und Europäern und auf ähnliche Weise gesplante Bevölkerungen.

Aus den Daten der Umfrage *Transatlantic Trends* von 2011 geht hervor, dass sowohl unter den US-Amerikanern als auch unter den Europäern eine knappe Mehrheit

7. »Wide Partisan Divide Over Immigration Restrictions«, <http://www.people-press.org/2012/06/04/section-8-values-about-immigration-and-race/>

8. Siehe die Gallup-Umfrage zur Kluft zwischen Demokraten und Republikanern hinsichtlich des Vertrauens in die US-Regierung, innenpolitische Probleme lösen zu können. <http://www.gallup.com/poll/157673/americans-trust-government-handling-problems.aspx>.

9. »The Public's View of Immigration«, Center for American Progress, 15. Dezember 2011.



(53 bzw. 52 Prozent) Immigration eher als Problem denn als Chance begreift. Ebenso ähneln sich die Ansichten zu erzwungener Migration, wobei 64 Prozent der befragten US-Amerikaner und 58 Prozent der Europäer Verständnis für diejenigen zeigen, die aus erbärmlichen wirtschaftlichen Verhältnissen fliehen. Eine Übereinstimmung ist zudem hinsichtlich des Typs von Einwanderern zu verzeichnen, die von US-Amerikanern und Europäern akzeptiert werden. Auf beiden Seiten des Atlantiks unterstützt die Mehrheit eine Zunahme an hochqualifizierten Einwanderern, wobei die Zustimmungsraten in Amerika bei 63 und in Europa bei 62 Prozent liegen. Nur wenige in den USA (18 Prozent) und in Europa (19 Prozent) sind der Meinung, dass ein ähnlicher kultureller Hintergrund eine wesentliche Voraussetzung für die Zuwanderung sei und 56 Prozent der befragten US-Amerikaner und 52 Prozent der befragten Europäer äußerten sich optimistisch über die Erfolgsaussichten der Integration von Immigranten. Weitere Ähnlichkeiten bestehen in den Meinungen darüber, wie die Regierungen mit der Zuwanderung umgehen, und darüber, dass die Beachtung nationaler Gesetze und Respektierung von Institutionen eine große Bedeutung habe.

Natürlich sind auch einige eindeutige Unterschiede in den amerikanischen und europäischen Ansichten zur Einwanderung zu verzeichnen – insbesondere zu der Frage, wie die Zahl illegaler Immigranten reduziert werden könne (wobei die Europäer hier den Schwerpunkt auf eine verstärkte Entwicklungszusammenarbeit mit ärmeren Ländern legen), und zur Frage nach Legalisierung oder Abschiebung (wobei die US-Amerikaner sich hier weitaus häufiger für Legalisierung aussprechen).¹⁰ Die sich gleichenden Spaltungen in den Wählerschaften bei einigen der problematischsten Wertefragen hinsichtlich Immigration und Integration zeigen, dass wir trotz unserer unterschiedlichen Geschichte und verschiedenen Wege, Einwanderungsländer zu werden, ganz eindeutig viele Gemeinsamkeiten aufweisen und es ein ungeheures Potential für eine Zusammenarbeit und einen Austausch über die bewährtesten Methoden gibt. Für die politischen Führungen und anderen Akteure im Bereich der Immigration und Integration in Europa könnte es sich als hilfreich erweisen, den Endspurt im amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf genau zu verfolgen und im Auge zu behalten, wie sich die Einwanderungsdebatte in den kommenden Monaten entfaltet. Sie könnten dabei vielleicht auf einige nützliche Erkenntnisse für die Auseinandersetzung mit ihren eigenen politischen und sozialen Herausforderungen stoßen.

10. Siehe *Transatlantic Trends Immigration 2011*.



Über den Autor

Spencer P. Boyer ist Visiting Senior Fellow am Center for Transatlantic Relations der Paul H. Nitze School of Advanced International Studies (SAIS) in der Johns Hopkins University. Von August 2009 bis Dezember 2011 war er in der Regierung Obama als stellvertretender Staatssekretär im Außenministerium tätig und war für Fragen zu Europa und Eurasien zuständig. Davor hatte Spencer Boyer im Center for American Progress als Leiter für Internationales Recht und Diplomatie in der Abteilung Nationale Sicherheit und Internationale Politik amtiert. Zu seinen Fachgebieten gehören: nationale und internationale Sicherheit, transatlantische Beziehungen und europäische Angelegenheiten, Völkerrecht, die Arbeit internationaler Organisationen und die US-Diplomatie.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Referat Westeuropa / Nordamerika
Abteilung Internationaler Dialog
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Anne Seyfferth | Leiterin des Referats Westeuropa / Nordamerika

Tel.: ++49-30-269-35-7736 | Fax: ++49-30-269-35-9249
www.fes.de/international/wil

Kontakt:
ID-INFO-WENA@fes.de

Das FES-Büro in Washington, DC

Zentrales Ziel der Arbeit des Büros ist die Förderung des transatlantischen Dialogs im Sinne sozialdemokratischer Werte und Ideen. Mit unseren Programmen wollen wir deutsche und europäische Debatten mit US-amerikanischen und kanadischen verknüpfen. Darüber hinaus liegt es in unserem Interesse, Partner und Entscheidungsträger aus dritten Regionen in einen Dialog mit einzubinden, um Ideen und Lösungsansätze für gemeinsame Herausforderungen zu entwickeln. Zu diesen Regionen und Ländern gehören der Nahe und Mittlere Osten, Afghanistan, Russland und die Türkei.

Ein weiteres wichtiges Element unserer Arbeit ist der Aufbau und die Pflege von transatlantischen Netzwerken zwischen politischen Entscheidungsträgern, Vertretern

von Think Tanks, Universitäten, Gewerkschaften sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen. Die inhaltlichen Projektschwerpunkte des Büros liegen in den Bereichen Demokratieförderung und Konflikttransformation, Abrüstung und Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen, Minderheiten und Integration, Energie- und Klimapolitik sowie Arbeits- und Wirtschaftsbeziehungen.

Friedrich Ebert Foundation
1023 15th Street, NW | Suite 801
Washington, DC 20005
Tel.: +1-202-408-5444
Fax: +1-202-408-5537
Email: fesdc@fesdc.org
www.fesdc.org

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.


Committed to excellence

ISBN 9873-86498-366-5